

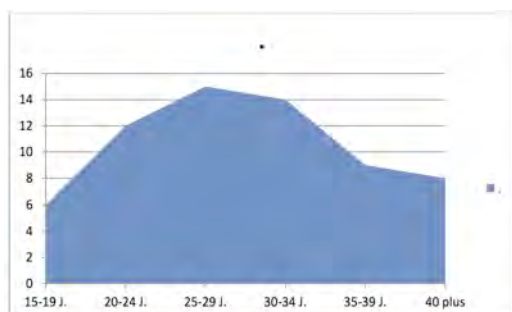
Radikalisierung – Jihadismus – „Extremismus“

OFFENE JUGENDARBEIT Das medial sehr präsente Thema ist auch in der Fachöffentlichkeit der Sozialen Arbeit angekommen. Verschiedene AkteurInnen profilieren sich in der Diskussion – teilweise auf Kosten von sozialarbeiterischen Grundsätzen.

Die Offene Jugendarbeit sieht sich, wie andere Bereiche der Sozialen Arbeit, mit politisch aufgeladenen Erwartungen konfrontiert, die eine klare Positionierung als Antwort erfordern. Genau wie Schulen oder die Moscheen soll sie als Frühwarnsystem dienen, wenn einzelne Jugendliche Anzeichen einer „Radikalisierung“ zeigen. Die Kriso Zürich hat an einer Diskussionsveranstaltung im Juni nach dem praktischen Umgang und nach Alternativen zur Denunziation gefragt. Doch dazu später.

Der Hype um Extremismus findet im Kontext des Ausbaus von präventiven und repressiven Strukturen statt: So wurde in Winterthur zum Beispiel eine Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention geschaffen, im Kanton Zürich bei der Kantonspolizei das „Bedrohungsmanagement“ ausgebaut (18 Mitarbeitende befassen sich seit Anfang 2015 mit 50 Jugendlichen, die im Zusammenhang mit Islamismus stehen sollen). Auch Teile der Fachöffentlichkeit Sozialer Arbeit nehmen die Thematik auf und suchen sich darin zu positionieren und zu profilieren. Im Heft „sozial“¹ wird in der Rubrik „Im Brennpunkt“ das Thema Extremismus bei Jugendlichen sehr pauschal abgehandelt. So werden Jihadismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus zusammengefasst als extreme Ideologien bezeichnet, welche die Demokratie ablehnen und diese „auch unter Anwendung von Gewalt“ überwinden möchten. Genau in solchen Pauschalisierungen liegen Gefahren: Bespitzelungen, Überwachung und „präventive Massnahmen“ werden für alle Jugendlichen angewendet, unabhängig davon, ob reale Gefahren für andere Menschen bestehen.

Das Begriffs-Wirr-Warr und die undifferenzierte Gleichschaltung aller als „extrem“ geltenden Positionen zielt darauf ab, Meinungen, die den Status Quo der bürgerlichen Ordnung in der Schweiz in Frage stellen, pauschal zu diffamieren. Es spielt scheinbar keine Rolle mehr, ob Mensch den Kapitalismus als ungerechtes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem überwinden will, ob mit fundamentalistisch-religiöser Überzeugung für eine islamistische Terrorgruppe agitiert wird oder ob aus Fremdenhass MigrantInnen angegriffen werden – alles gleich schlecht, alles muss überwacht werden. Dass in der Schweiz nun wieder stärker solche Ideen verfolgt werden, deutet in die Richtung eines „Überwachungsstaates“, in dem die politische Meinungsfreiheit nur innerhalb des staatstragenden Diskurses erlaubt ist. Diese Tendenz zur Überwachung ist im Kontext neuer technologischer Möglichkeiten und der Entwicklung hin zu einer law-and-order Politik in der Schweiz zu sehen und hat historische Vorgänger wie den Antikommunismus der 50er-Jahre.



Die Zahlen relativieren den Handlungsbedarf. Tabelle: Altersverteilung der jihadistisch motivierten Reisenden in Konfliktgebiete aus der Schweiz. Stand März 2015²

Gleichwohl wird das Thema in den Medien ohne Unterlass befeuert, nicht zuletzt im Hinblick auf den Ausbau der präventiven Überwachung und nachrichtendienstlichen Befugnisse, z.B. in der Abstimmung über das Nachrichtendienstgesetz im September 2016.

Fortsetzung auf Seite 2

Zu dieser Ausgabe

Dies ist die Zeitschrift des Forums für kritische Soziale Arbeit in Zürich. Im Rahmen unserer kritischen Auseinandersetzung mit der Sozialen Arbeit, der Sozialpädagogik und der Soziokulturellen Animation berichten wir in unregelmässigen Abständen aus kritischer Perspektive über diese Berufsfelder. Im Fokus stehen die sich verschärfende Marktlogik und die neoliberalen Tendenzen im Sozialwesen. Diesen stellen wir die Position einer Sozialen Arbeit gegenüber, die sich nicht zum Spielball machen will, und sich an den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Menschen orientiert.

Plattform verteilen?

Möchtest Du an Deiner Schule, Uni oder in Deinem Betrieb einige Ausgaben der Plattform verteilen? Wir sind darauf angewiesen und danken Dir für diese Form der Mitwirkung ganz herzlich. Schreib uns eine E-Mail an zuerich@kriso.ch mit deiner Postadresse und der gewünschten Anzahl Exemplare.

Plattform verpasst?

Vergangene Ausgaben und andere Publikationen der Kriso sind immer auf www.kriso.ch zu finden.

Mitmachen?

Kriso Zürich zuerich@kriso.ch
Kriso Bern kontakt@bern.kriso.ch
Kriso St. Gallen st.gallen@kriso.ch
Kriso Basel basel@kriso.ch

Offene Jugendarbeit hat eigene Handlungsansätze

In unserer Kriso-Diskussion kamen wir auch immer wieder auf die individuelle Ebene zu sprechen. Dass Jugendarbeitende in Gesprächen und Diskussionen die aktuellen Themen und Interessen der Jugendlichen aufnehmen, ist eine Voraussetzung für gelingende Jugendarbeit. Somit ist klar, dass z.B. auch auf Jihad-Videos oder auf gewaltandrohende oder diskriminierende Äusserungen von Jugendlichen jeglicher Art eingegangen wird; ganz unabhängig davon, ob solche Äusserungen islamistisch motiviert sind, rassistischen oder sexistischen Hintergrund haben. Dabei gilt es den herausfordernden Spagat zwischen dem Eingehen auf die Situation des Jugendlichen und einem klaren Positionsbezug gegenüber diskriminierenden Ideologien zu meistern. Wenn es dann tatsächlich vorkommt, dass einE JugendlicheR sich ernsthaft entscheidet in „den Jihad“ zu reisen und dies sogar gegenüber Jugendarbeitenden äussert, könnten die Jugendarbeitenden reagieren, indem sie sich gemeinwesenorientiert mit der lokalen Moschee,

mit ausserbehördlichen Fachleuten, allenfalls auch mit anderen Bezugspersonen oder Eltern vernetzen. Dabei ist immer zu beachten, dass damit das Prinzip der Freiwilligkeit ausser Kraft gesetzt wird, wenn Jugendliche in diese Schritte nicht miteinbezogen werden. Insbesondere wenn behördliche Stellen einbezogen werden, muss aus unserer Sicht eine unmittelbare Gefahr für Dritte oder eine massive Selbstgefährdung vorliegen. Da solche Fälle äusserst selten vorkommen, scheint es uns sehr wichtig, auch auf die obengenannten Gefahren der medialen und gesellschaftlichen Präsenz der Thematik aufmerksam zu machen.

¹ Magazin der ZHAW Soziale Arbeit Ausgabe Nr. 5, Sommer 2016

² Davolio et al. (2015). Hintergründe jihadistischer Radikalisierung in der Schweiz. Eine explorative Studie mit Empfehlungen für Prävention und Intervention. Zürich: ZHAW Soziale Arbeit. S.10

AutorInnen: Kriso Zürich

Die Folgen der Ausschaffungsinitiative

SOZIALABBAU *Bei der linken Euphorie um die deutliche Ablehnung der Durchsetzungsinitiative im Februar dieses Jahres geht beinahe vergessen, dass die 2010 angenommene Ausschaffungsinitiative per 1. Oktober 2016 schweizweit umgesetzt wird. Die neuen Regelungen haben eine massive Verschärfung der Rechtsprechung für ausländische Mitmenschen zur Folge.*

Der neue Straftatbestand des unrechtmässigen Sozialhilfebezuges trifft die Adressatinnen und Adressaten der Sozialhilfe am stärksten. Bereits bisher ist der Sozialhilfebezug stigmatisiert. Mit dem neuen Straftatbestand wird nicht nur die Rechtsgleichheit ignoriert, dieses Gesetz verdächtigt und kriminalisiert vorsätzlich eine grosse Zahl von Menschen. Wer Sozialhilfe bezieht muss befürchten, schon bei geringem Fehlverhalten unverhältnismässig stark bestraft zu werden. Sozialhilfebeziehende ohne Schweizerpass leben mit der ständigen Angst vor einer Ausschaffung.

Durch die neuen Gesetzesbestimmungen werden auch die Sozialarbeitenden in ihren Aufgabenbereichen tangiert. Ein Verschweigen (z.B. unvollständige Angaben) durch die Adressatinnen oder Adressaten kann ausreichend sein, damit das Verhalten als Delikt gilt. Die Umsetzung hat damit drastische Konsequenzen auf das Vertrauensverhältnis zwischen Sozialarbeitenden und ihren Adressatinnen und Adressaten. Die Regelungen der Ausschaffungsinitiative stellen sich nicht nur stark gegen die ethischen und theoretischen Grundlagen der Sozialen Arbeit, der Konflikt zwischen den Zielen der Sozialen Arbeit und dem öffentlichen Interesse wird zusätzlich verschärft.

Für Parteilichkeit und Verständigung: Analyse des doppelten Mandats / ethische Soziale Arbeit

Das doppelte Mandat der Sozialen Arbeit wird mehrheitlich unzureichend als die Ambivalenz der intersubjektiven und subjektiven Perspektive beschrieben. Auf der einen Seite als administrativ und rechtspflegerisch (Kontrolle) und auf der anderen Seite als beratend und bildend (Hilfe). Diese Betrachtung sollte deshalb durch folgende essentielle Gedanken ergänzt werden.

Die Soziale Arbeit hat ihr Handeln ethisch zu begründen. Dies weil sie zielgerichtet und strategisch handelt und somit Wertvorstel-

lungen in ihre Ziele impliziert. Zudem muss die Soziale Arbeit gegenüber der Gesellschaft Rechenschaft über ihr Handeln ablegen. Dies führt zur Herausforderung für die Soziale Arbeit, Erklärungen abzugeben, die ihr Handeln im Sinne der Adressatinnen und Adressaten oder der Öffentlichkeit argumentativ stützt.

Hier zeigt sich der Kampf im Zwiespalt des doppelten Mandats. Die Soziale Arbeit muss sich die auf der einen Seite des doppelten Mandats vorhandene Macht und Geldverteilung (Interventionsebene, strategisch) so zu nutzen machen, dass sie die Adressatinnen und Adressaten in möglichst hohem Masse befähigt, sich autonom zu äussern und eigenständig zu handeln. Das bedeutet, sie muss eine Verständigung zwischen Sozialarbeitenden und Adressatinnen und Adressaten ermöglichen, damit eine Sättigung der Kommunikation stattfinden kann. Wenn eine Adressatin oder ein Adressat bestimmte Aussagen nur macht, um mehr Leistungen zu bekommen, , unterdrückt dies im Diskurs vorhandene Bedürfnisse und Anliegen und erzeugt eine Latenz (Verstecktheit) in der Sprache. Alfred Lorenzer (1973) würde dies Desymbolisierung der Sprache nennen. Denn die im Sozialisierungsprozess erlernte Sprachsymbolik der Adressatinnen und Adressaten passt nicht mit der allgemein akzeptierten Sprachsymbolik zusammen. Wenn Kinder in der Schule lügen müssen, dann ist schon einiges schiefgegangen. So entstehen gesellschaftliche, durch Gesetze institutionalisierte Neurosen, und verzerren die Kommunikation. Das doppelte Mandat sowie die Sanktionierungsmethoden stellen sich gegen eine erwünschte diskursive Sättigung, welche notwendig wäre, die eigentliche Problem- und Ursachenlage zum Vorschein zu bringen, sowie die verzerrte Kommunikation wahrnehmbar zu machen, um sie dann kritisch zu hinterfragen. Geschieht dies nicht, befindet sich die Entwicklung im Hilfeprozess in der Zusammenarbeit mit den Adressatinnen und Adressaten in einem neurotischen Zustand und ist illusionär.

Die Ambivalenz des doppelten Mandats muss immer im Fokus bleiben. Die Lösung dieses Problems vom doppelten Mandat ist, dass das strategische Handeln auf die Verständigung und das Ziel bezogen wird.

Fortsetzung auf Seite 3

Soziale Arbeit in der Verantwortung

Es ist davon auszugehen, dass Sozialdienste vermehrt Strafanzeigen einreichen müssen. Entscheidend wird sein, wie Kantone und Gemeinden die Meldepflicht im kantonalen Sozialhilfegesetz verankern. Mit der Meldepflicht kommt es zwangsweise zu einem Strafverfahren und kann so zur Einleitung eines Ausschaffungsverfahrens führen. Die Sozialarbeitenden werden durch die Ausschaffungsinitiative zu HandlangerInnen der Justiz und in Bezug auf die Fallarbeit in ihrer Fachlichkeit, durch die Pflicht bei Verdacht Anzeige zu erstatten, diskreditiert. Das Ausschaffungsgesetz verhärtet die ambivalente Zuständigkeit der Sozialen Arbeit und verwandelt die Sozialhilfe mehr und mehr in einen bürokratischen Systemautomatismus, der mit den eigentlichen Aufgaben Sozialer Arbeit (Ermöglichen von Teilhabe und Emanzipation) nichts mehr zu tun hat.

Eine Ausschaffung löst gar keine Probleme, sondern verschiebt sie einfach. Somit widerspricht sie diametral dem Zweck Sozialer Arbeit, zur Lösungsfindung beizutragen. Eine Ausschaffung als Strafe für einen unrechtmässigen Sozialhilfebezug ist völlig absurd. Nicht zu vergessen die menschlichen Tragödien, Traumas und den Schmerz für Angehörige, welche eine Ausschaffung auslöst. Aus der Perspektive der Kriso Basel schöpft die Soziale Arbeit ihre Existenzberechtigung aus der Bekämpfung der ökonomischen Unterdrückung der Menschen. Sie beweist und belegt die Kausalität der Ökonomie für die Verletzung der Leute. Sie steht auf der Seite der ökonomisch Schwachen.

Dieser parteiliche Einsatz für die durch das System Benachteiligten, muss wieder vermehrt in den Fokus der Sozialen Arbeit rücken.

Es gilt deshalb, Bündnisse kritischer Sozialarbeitenden zu bilden und ganz genau die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative in den Kantonen zu beobachten. Der Fokus in der Sozialberatung muss vermehrt daraufgelegt werden, den Adressatinnen und Adressaten die Angst/ Unsicherheit zu nehmen (z. B. durch ein Merkblatt, dass bei einer Konsultation erklärt, allenfalls übersetzt wird). Unentgeltliche Ombudsstellen und unabhängige Fachstellen sind zu fördern, auch in ländlichen Gebieten. Es gilt, Bewusstsein zu schaffen, die Thematik zu skandalisieren und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die Kriso Basel fordert Sozialarbeitende zu zivilem Ungehorsam auf, sich gegen die Meldepflicht und in jedem Fall gegen Ausschaffungen einzusetzen und alles zu tun, um diese zu verhindern.

Der ausführliche Text ist auf www.kriso.ch zu finden. Wir nehmen gerne Rückmeldungen und Rückfragen entgegen: basel@kriso.ch

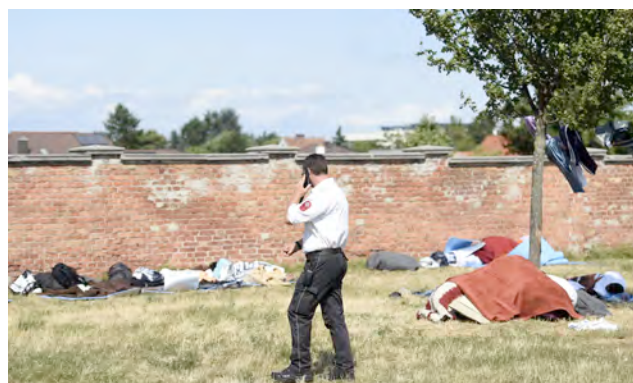
AutorInnen: Kriso Basel

Profiteure im Asylbusiness: Beispiel ORS AG

MIGRATION Die AG Migration der Kriso Zürich setzt sich regelmässig mit der aktuellen Situation im Asylbereich auseinander und zeigt Missstände und Präkarisierungen auf. Gerade im Migrationsbereich braucht es eine kritische Reflektion der Sozialarbeitenden, da die Tendenz weiterhin Richtung Abbau der Sozialleistungen, Kriminalisierung von Asylsuchenden und Verletzung der Grundrechte geht. Ein Akteur im Sozialbereich, der unter anderem immer wieder für negative Schlagzeilen sorgt, ist die ORS AG. An dieser Stelle möchten wir kurz erläutern, warum auch Privatfirmen Interesse an einem Stück von diesem „profitablen“ Kuchen haben.

Die Firma ORS Services SA (Organisation für Regie und Spezialaufträge) wurde 1977 als Personalvermittlungsfirma in Lausanne gegründet. 1992 änderte sie ihren Namen in ORS Service AG und verlegte den Sitz nach Zürich. Der Zweck laut Handelsregister: Dienstleistungen im Personalbereich. Damals gehörte ORS der Private-Equity-Firma Invision. Das Unternehmen ist über einen Fonds namens Invision IV an der OX Holding beteiligt, die „Outsourcing-Lösungen“ über ihre operative Geschäftseinheit ORS anbietet. Sowohl die OX Holding als auch Invision sind im steuer-günstigen Kanton Zug beheimatet und zählen zu den Exponenten des schweizerischen Finanzkapitals¹.

Die ORS stand in den letzten Jahren immer wieder in der Kritik, da sie als profitorientierte Firma vermehrt Aufträge von Bund und Kantonen bekommt um die Unterbringung von Asylsuchenden zu koordinieren und zu betreuen. Weitgehend erledigt dies die ORS mit einem (finanziellen) Minimalaufwand und möglichst abgeschirmt von Medien und Bevölkerung.



Asylunterkunft der ORS in Traiskirchen, Österreich

Die Wochenzeitung (WOZ) recherchierte 2012, dass die ORS in den letzten fünf Jahren mindestens 41,2 Millionen Franken für die Betreuung in den fünf Empfangs- und Verfahrenszentren des Bundes erhielt. Allein im Jahr 2011 vergütete der Bund die Dienstleistungen der ORS mit 10,4 Millionen Franken. Die ORS ist auf einen kontinuierlich profitablen Zug aufgesprungen und hat seit-her auch in Österreich und Deutschland Tochterunternehmen gegründet und führt Asylunterkünfte und Erstaufnahmezentren. Ein jüngeres Beispiel zeigte, was das für die schutzbedürftigen Menschen bedeuten kann; in Traiskirchen (Österreich) wurde ein Asylzentrum massiv überbelegt, so dass ca. 1500 Menschen im Freien übernachteten mussten, ganz zu Schweigen von der unzu-reichenden Infrastruktur.

2014 übernahm die ORS Service AG die ABS Betreuungsservice AG in Pratteln und hat sich zu einem der grössten Anbieter im Asylbe-reich entwickelt. Als profitorientiertes Unternehmen ist die ORS interessiert an hohen Dividenden für die Aktionäre. Eine markt-wirtschaftliche Logik im Bereich für schutzsuchende Menschen mit wenig rechtlichen Grundlagen ist unhaltbar und trägt zur weiteren Präkarisierung Asylsuchender bei. Als Sozialarbeitende müssen wir diese Entwicklung im Asylbereich bekämpfen.

¹ Quelle: netzfrauen.org

AutorInnen: Kriso Zürich

Konflikte, Repression und wider- ständiges Handeln bei der Arbeit und im Studium

STUDIUM *Im vergangenen Jahr wurden unterschiedliche Fälle von kollektivem Widerstand an die Kriso herangetragen. 1. Wurde uns vom Konflikt zwischen der organisierten Studierendenschaft und dem Fachbereichsleiter Soziale Arbeit der Berner Fachhochschule berichtet. 2. Befassten wir uns mit einem Konflikt, der sich auf-grund der Entlassung einer Angestellten in einer grösseren Organi-sation zwischen der Geschäftsleitung und mit der Entlassenen solidarischen Kolleg_innen zugetragen hat. 3. Beobachteten wir den öffentlich diskutierten Konflikt in der Stiftung Schönhalde im Kanton Schaffhausen, in der sich ein Team geschlossen hinter ihren Leiter gestellt hatte, der durch den Stiftungsrat entlassen wurde.*

Ohne hier auf die einzelnen Beispiele ausführlich einzugehen, wollen wir im Rahmen der vorliegenden «Plattform» einige zent-rale Erkenntnisse darlegen, die sich durch die Auseinandersetzung mit den drei benannten Konfliktsituationen aufdrängen. Sie sollen dazu ermutigen, sich als Sozialarbeitende zu organisieren und Widerstand zu leisten, wenn Anlass dazu gegeben ist, sei er nun fachlich oder auch gewerkschaftlich motiviert.

Sich zu organisieren ist vielfältig möglich

Sozialarbeitende können sich dem Berufsverband, einer Gewerk-schaft, einer Studierendenvereinigung oder der Kriso anschliessen usw. (vgl. hierzu auch Broschüre der Kriso «AG Soziale Kämpfe»). Bei der Betrachtung bestehender Organisationsformen begegnen einem unterschiedliche Strukturen, Interessenschwerpunkte sowie unterschiedliche institutionelle Einbettung in Gesellschaft, Betrieb oder Hochschule. Organisation beginnt indessen an der Basis: Im Team, unter Kolleginnen und Kollegen, unter Studieren-den; die ein Stück weit ihren Alltag, ihre Situation, ein Thema oder Interesse teilen respektive von bestimmten Verhältnissen betref-fen sind. Gewerkschaften, Berufsverbände, Studierendenvereini-gungen, Kriso – sind in erster Linie Rahmungen für (angehende) Sozialarbeitende, die sich organisieren wollen. Diese Rahmungen sind insofern wichtig, als dass sie Austausch und (kritische) Auseinandersetzung ermöglichen. Was jetzt vielleicht banal klingt, ist der springende Punkt bzw. die Ausgangslage

von Transparenz, Aufklärung und Bewusstwerdungsprozessen. Was läuft bei anderen, welche Fragen und Widersprüche beschäf-tigen sie bezogen auf die fachliche Arbeit mit Adressatinnen, bezogen auf organisationale Strukturen, Arbeitsbedingungen, politische Einflüsse etc.. Insbesondere abseits vom alltäglichen Handlungsdruck (aus-serhalb des Betriebs, der Hochschule) können solche Organisatio-nen bzw. Gruppen Reflexion anstossen. Geprägt sind die Organisati-onen stets von ihren Mitgliedern und natürlich vom Zweck der jeweiligen Vereinigung.

Es gibt Gründe für Widerstand in der Sozialen Arbeit

Beispielsweise: (1.) Fachliche Missstände, (2.) gewerkschaftliche Bestrebungen, Studierbedingungen (3.) politi-sche/gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Wobei diese Berei-che nicht klar voneinander abgrenzbar sind – sie stehen oftmals in Wechselwirkung zueinander. Indessen stellt sich die Frage, wer oder was das Gegenüber ist? Das kann ein regressives politisches Programm sein, eine zu kritisierende fachliche Strömung, aber auch konkret ein paternalistischer Fachbereichsleiter an einer Fachhochschule, eine mächtige Geschäftsleitung oder ein eingrei-fender Stiftungsrat, wie in unseren Beispielen. Wo immer das Kräfteverhältnis nachteilig zu jenen steht, die gegen eine Unge-rechtigkeit aufbegehren, wird die Organisation zum wichtigen Machtmittel. Solidarische Zusammenschlüsse sind nicht zu unter-schätzen, wenn es darum geht, nicht nur kritisch zu denken, son-dern auch kritisch zu handeln.

Organisierte Gruppen sind rasch handlungsfähig

Von grossem Wert für «sich kritisch verstehende Sozialarbeiten-de» sind der offene Austausch und die Vernetzung in möglichst «machtfreien» Zusammenschlüssen. Aktive Gruppen sind rasch handlungsfähig. In Konfliktsituationen – so lehrten uns die ein-gangs erwähnten Beispiele – gilt es, überlegt und bewusst zu handeln. Gemeinsam sollte versucht werden, Ziele, Handlungs-spielräume und Wirkungen des kollektiven Handelns zu antizipie-ren. Im Idealfall werden Entscheidungen konsensbasiert gefällt und entsprechende Aktionen durchgeführt. Dies gibt Sicherheit, ist aber nicht immer erreichbar. Im Vordergrund steht jedenfalls die Handlungsfähigkeit der Gruppe. Information und Intensivie-rung des Austauschs untereinander sind im Konfliktfall unumgäng-lich. Konflikte sollten auch gegenüber «Unbeteiligten» nicht tabui-siert werden und zugleich sollten auftretende Unsicherheiten und Ängste im Kollektiv und dessen Umfeld ernst genommen werden.

Techniken und Rhetorik nicht unterschätzen: Nicht spalten lassen!

In den Beispielen handelt es sich um Akteure mit Macht, in den Rollen des Fachbereichsleiters, der Geschäftsleitung, des Stiftungsrats, die den widerständigen Gruppen gegenüberstanden. Selten besetzen solche Akteure ohne Grund ihre Position. Insofern beherrschen sie auch unterschiedliche Techniken und eine Rhetorik, die sie zur Spaltung der widerständigen Gruppe einsetzen können: In allen drei Situationen gaben der Fachbereichsleiter, die Geschäftsleitung, der Stiftungsrat beispielsweise den Hinweis, dass die Gruppe mit ihrem Handeln das grosse Ganze gefährde (den Ruf der Organisation, Arbeitsplätze, die Adressat_innen). Scheinbar flache Hierarchien, die zuvor als kulturelles Gut hochgehalten wurden, wichen starrem Rollenhandeln und konsequenter Linienkommunikation. Sie waren gezwungen, ihre sonst „offene Tür“ vorübergehend zu schliessen (bzw. Öffnungszeiten einzuführen). Zugleich wurden Studierende respektive Angestellte an ihre Rolle und Funktion sowie an die zu verfolgenden Gepflogenheiten und Kommunikationswege im Konfliktfall erinnert. Die Mächtigen konnten nicht mehr anders, als repressiv zu handeln und gegen die Widerständigen vorzugehen. Es wurde sanktioniert, entlassen, mit Entlassung gedroht oder das Mitspracherecht vorübergehend eingeschränkt. Wo immer möglich, wurden Einzelne in die Mangel genommen um sie zu verunsichern sowie die Gruppe zu spalten. Währenddessen blieb die Möglichkeit für Einsichtige bestehen, ihre Loyalität unter Beweis zu stellen. In hierarchischen Organisationen konzentriert sich die Definitionsmacht und umfassendes Wissen oftmals an der Spitze, u.a. weil auch die Kommunikationswege beherrscht werden. Dies ist nicht unbedeutend, wenn es für nur am Rande Beteiligte oder Aussenstehende darum geht, darüber zu befinden, welche der Konfliktparteien nun die Gute beziehungsweise die Schlechte ist. Über Kommunikation aber auch über Zeit können die Leitenden den Konfliktfall steuern. Konflikte sind aufreibend und verlangen nicht selten einen langen Atem. Dadurch kann die Zeit zum entscheidenden, energieraubenden Faktor werden. Im Weiteren sind Machtinstrumente wie Personalakten, Qualifikationen, Arbeitszeugnisse etc. nicht zu unterschätzen. Wobei das Abhängigkeitsverhältnis von Angestellten/Studierenden zur Arbeitsstelle bzw. zum Studienplatz sicherlich individuell ausfällt. Jene, die sich wehren, sollten keine moralischen Appelle an jene richten, die sich aus persönlichen Gründen gegen die Teilnahme am offenen Widerstand entscheiden.

Bereits kleine Gruppen sind stark

Doch: Es ist nicht zu verkennen, dass bereits kleine Gruppen bestehende Machtgefüge ins Wanken bringen können. Hierbei ist es von Vorteil, wenn die Gruppe u.a. heterogen ist (z.B. gewerkschaftliche Betriebsgruppe aus Mitarbeitenden unterschiedlicher Abteilungen), wenn sie geschlossen zusammensteht und ggf. die Öffentlichkeit miteinbezieht (Team der Schönhalde) oder sich mit anderen Gruppen vernetzt (Studierendenorganisationen). Nicht zu unterschätzen sind Zeichen von «stiller Solidarität». Wie erwähnt müssen und können sich nicht alle aktiv am Widerstand beteiligen, gar wenn sie vielleicht die Haltung, Interessen und Handlungsweise der aktiven Akteure teilen. Doch können bereits unterstützende Zusprüche von Kolleg_innen, Mitstudierenden etc. eine ermächtigende Wirkung auf das widerständige Kollektiv ausüben. Auch Bündnisse mit Solidarischen von aussen sind wertvoll. Denn widerständiges Handeln bzw. Ungehorsam gegenüber der Autorität ist mit viel Unsicherheit verbunden. Jedes solidarische Zeichen stärkt deshalb die Handlungsfähigkeit des Kollektivs.

Dabei muss bedacht werden: Konflikte ziehen die Aufmerksamkeit von Innen und Aussen auf sich – es wird genau beobachtet. Insofern ist ein bewusster, vorsichtiger und sensibler Umgang mit Informationen und Öffentlichkeit angeeignet.

Die Grenzen der Partizipation im hierarchischen Gefüge

Interessant ist, dass wir am Beispiel der Sozialen Arbeit auf ein Feld blicken, das sich selbst zuschreibt, für gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation zu stehen: Doch in jeder hierarchischen Organisation kann die Kultur der Partizipation im Konfliktfall ein abruptes Ende nehmen! Dies war wohl eine der wichtigsten Erkenntnisse, die uns die Beispiele vor Augen geführt haben. Unverzüglich kann es gehen und die zuvor als flach verstandenen und gelebten Hierarchieabstufungen driften weit auseinander. Dies führt sodann entweder zu Unterordnung und Loyalität oder verkehrt aufgrund zusätzlich bestätigter Ungerechtigkeit und hinterfragter Autorität zu Widerstand und Solidarität unter den Angestellten bzw. Studierenden. Rasch wird ersichtlich, dass eine herrschaftsfreie Kommunikation in hierarchischen Beziehungen während eines Konflikts nicht stattfinden kann. Für die Widerständigen wird strategisches Handeln unabdingbar.

Des Weiteren ist vielleicht der Sozialen Arbeit im Besonderen eigen, dass die Organisationen nicht selten paternalistisch geführt werden. Erfahrene und schützende Vorgesetzte wissen, was gut ist – für das grosse Ganze, für die Mitarbeitenden und für die Adressatinnen und Adressaten. Partizipieren dürfen alle, Handlungsspielräume kriegen sie, mit der Organisation identifizieren sollen sie sich. Die Grenzen aber ziehen letztlich die Vorgesetzten, die Leitenden. Sie weisen zurecht, im Interesse und zum Wohle der Mitarbeitenden, des grossen Ganzen und der Klientel.

Exemplarisch: Erfolg durch gewerkschaftliche Organisation

Auf den Fall der Stiftung Schönhalde wird rasch etwas näher eingegangen, weil der Widerstand dort erfolgreich war. Vor knapp drei Jahren wurde im Verein Schönhalde ein Wechsel der Rechtsform zur Stiftung vorgenommen und ein Stiftungsrat eingesetzt. Stark abgekürzt: Zwischen Mitgliedern des Stiftungsrats und dem langjährigen Geschäftsleiter der Schönhalde gab es strategische Unstimmigkeiten. Er wurde in Folge dessen gegen den Willen des Teams und der Bewohnenden durch den Stiftungsrat (zwei Jahre vor seiner Pensionierung) entlassen. Nicht näher als 100 Meter durfte er sich fortan der Schönhalde nähern, von einem Tag auf den anderen (ungeachtet seiner Funktion als Bezugsperson von Menschen, die er teilweise seit 15 Jahren begleitet hatte). Das Team richtete sich an den Stiftungsrat, vermittelte Unverständnis und forderte die Wiedereinstellung des Leiters. Erfolglos. In einem zweiten Schritt wandte sich das Team an die Gewerkschaft VPOD. Es folgte ein mehrmonatiger Streit, der von den lokalen Medien (Radio und Tageszeitung) dokumentiert wurde. Dank geschlossenem Zusammenhalt und gegenseitiger Unterstützung im Team, dank beharrlichem Widerstand, Verhandlungsgeschick und verlässlicher Begleitung und rechtlicher Beratung durch den VPOD, unter der Beobachtung der Öffentlichkeit und lokalen Politik, wurde zwar anstatt des entlassenen ein neuer Geschäftsleiter eingestellt. Der ehemalige Geschäftsleiter, konnte seine Arbeit aber immerhin wieder aufnehmen und arbeitet weiterhin in der Schönhalde als Betreuer und wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Gerade die gewerkschaftliche Organisation ist im Feld der Sozialen Arbeit keine Selbstverständlichkeit. Doch sind wir in besonderem Masse auf gute Arbeitsbedingungen angewiesen, damit wir fachlich qualitativ gute Arbeit leisten können. Sozialarbeiterische Tätigkeiten sind anspruchsvoll und finden oftmals in uneindeutigen und widersprüchlichen Situationen statt. Entscheidungen müssen mit einem gewissen Mass an Ungewissheit und Unsicherheit gefällt werden. Fragen um Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse müssen ständig reflektiert werden. Um Erschöpfungszuständen vorzubeugen und eine machtsensible und fachlich sorgfältige Zusammenarbeit mit den Adressat_innen zu gewährleisten, sind

gute Arbeitsbedingungen sowie ausreichende zeitliche, finanzielle und personelle Ressourcen unabdingbar.

Gewerkschaften verfügen über vielfältige Erfahrung und Zugang zu rechtlichem Wissen. Zuständige Gewerkschaftssekretär_innen verstehen sich als auftragnehmende Begleiter_innen von Gewerkschaftsgruppen. Sie stellen den Betriebsgruppen (gewerkschaftlich organisierte Mitarbeitende in einer Organisation) ihr Wissen zur Verfügung und stehen ihnen beratend wie auch organisatorisch zur Seite. Die konkreten Themen, Interessen, Ziele und Arbeitsweise der Betriebsgruppen aber, bestimmt diese selbst. Gewerkschaften sind basisdemokratisch organisiert. Aus Sicht der Kriso bieten Gewerkschaften eine sehr wichtige Organisationsform, die sich die Soziale Arbeit vermehrt aneignen sollte.

Wie auch immer sich Sozialarbeitende (& Studierende) im Konfliktfall organisieren, sie werden rasch auf die bisherige Ordnung und auf den bisherigen und scheinbar rechtmässigen Ablauf von Konflikten verwiesen. Hierzu ist es aus unserer Sicht angebracht zu sagen, dass auch neue Wege beschritten werden können. Das Kollektiv muss seine Handlungsweisen möglichst nachvollziehbar begründen und selbstbewusst gegenüber Vorgesetzten durchsetzen können. Zieht zur Begründung entsprechende Gesellschaftstheorien oder fachspezifische Theorien hinzu. Denkt euch Alternativen



aus und seid kreativ. Sprecht euch gut untereinander ab und reflektiert gemeinsam euer Handeln.

Konflikte mit der Autorität am Arbeitsplatz und im Studium werden uns weiterhin beschäftigen. Falls ihr Beispiele habt, die ihr besprechen und reflektieren möchtet, könnt ihr euch gerne an die Kriso in eurer Region wenden.

AutorInnen: Kriso Zürich

Warum uns Wurzeln interessieren – ein Antwortschreiben

DEBATTE Am 19. November 2015 fand in der Aula der Berner Fachhochschule Soziale Arbeit eine Veranstaltung mit dem Titel „Gegen die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit“ statt. Organisiert wurde dieser Anlass von der Kriso Bern in Zusammenarbeit mit der Studierendenorganisation des Fachbereiches Soziale Arbeit. Mit Prof. Dr. Mechthild Seithe fand sich eine renommierte Referentin.

Frau Seithe war 18 Jahre Professorin für Soziale Arbeit an der FH in Jena und arbeitete davor 18 Jahre in der Praxis. Sie studierte Psychologie in Münster und Soziale Arbeit in Frankfurt a.M. Frau Seithe ist Autorin zahlreicher Bücher, unter anderem schrieb sie das „Schwarzbuch Soziale Arbeit“ (2012, VS Verlag). Frau Seithe referierte an besagtem Anlass, welches die Auswirkungen der Ökonomisierung und der Neoliberalisierung für die Soziale Arbeit sind. Das ganze Referat in schriftlicher Form und weitere Informationen finden sich auf der Web-Seite von Frau Seithe (<http://zukunftsworkstatt-soziale-arbeit.de>).

Unter den ZuhörerInnen befand sich auch der Fachbereichsleiter Soziale Arbeit der Berner Fachhochschule, Prof. Johannes Schleicher. Nach der Veranstaltung sah sich Herr Schleicher dazu veranlasst, diese kritisch zu würdigen. Unter dem Titel „Opa erzählt vom Krieg. Was uns das Angeht“ erschien sein Artikel in der Februar-Ausgabe 2016 der Fachzeitschrift SozialAktuell unter der Rubrik Einwurf. Eine Kopie des Artikels findet sich auf der Web-Seite der Kriso Bern (bern.kriso.ch).

Herr Schleicher erinnert sich in seinem Artikel – in Bezugnahme auf das Referat von Frau Seithe – zurück an die Zeit, in welcher er ebenfalls noch für die „Anziehungskraft einfach gestrickter, in sich geschlossener Weltbilder“ empfänglich war. Nun, in der Professi-

onalität eines Fachbereichsleiters erwachsen, betitelt er Studierende und Berufstätige Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die eine kritische Haltung verfolgen, als „Eiferer“ deren „Lieblingsgestus“ die „Empörung“ sei. Herr Schleicher rät davon ab, jedes Problem „an seiner Wurzel lösen“ zu wollen, sondern rät zur demütigen Symptombekämpfung und zur Genügsamkeit, die Dinge anzunehmen wie sie sind. Dabei sei ihm das Bewusstsein, etwas Politisches zu tun, aber nicht verloren gegangen.

Die Kriso Bern verfasste daraufhin ein öffentliches Antwortschreiben. Leider wurde dieser Artikel von SozialAktuell nicht abgedruckt. Er soll aber in dieser Zeitschrift eine Plattform finden. So entgegnete die Kriso Bern auf Herrn Schleichers Einwurf zu Mechthild Seithes Vortrag mit folgendem Schreiben:

Einwurf I

Wie wunderbar ist es, denkende, nachdenkende, fragende Studierende zu haben. Sie fragen nicht nur nach dem Wie, sondern nach dem Warum.

Wir möchten auf die von Herrn Schleicher als „unsere Studierenden“ bezeichneten aufmerksam machen. Die Organisatorinnen und Organisatoren dieses Anlasses waren nicht „unsere Studierenden“, es war das Forum für kritische Soziale Arbeit Bern (Kriso) gemeinsam mit der Studierendenorganisation der Fachhochschule. Die Kriso Bern besteht sowohl aus Studierenden, wie auch im Berufsleben stehenden Fachpersonen.

Fortsetzung auf Seite 7

Neennt uns jung, wild, utopisch. Macht das. Und bitte macht das mit einem müden Lächeln auf den Lippen. Aber bitte. Seit wann werden Eiferer und Empörer gleichgesetzt? Seit wann werden sie so plakativ und undifferenziert behandelt? Gibt es in der Welt, die Herr Schleicher beschreibt, keinen Zusammenhang zwischen dem Leid und der Not in der Welt und der Notwendigkeit, genau deswegen politisch zu handeln?

Der Fachbereichsleiter der Berner Fachhochschule für Soziale Arbeit, Herr Schleicher, beschreibt in seiner Stellungnahme Ohnmachtsgefühle. Daraufhin das Gefühl der Resignation und diese wiederum mündend in eine lebenslange Lektion der Demut. Profi werde man erst, wenn man die Empörung als Lieblingsgeste abgelegt hat. Was ist das? Das müde Lächeln eines Erwachsenen gegenüber einem jungen Menschen, der seine Unzufriedenheit mit den gegebenen Verhältnissen ausdrückt? Dazu ein Dormicum mit beruhigenden Worten und der Hand auf der Schulter, die Verständnis ausdrücken will? „Ohnmächtig waren wir auch mal, fühlten die Last der Leiden auf unseren Schultern, resignierten.“ Doch Demut? Vor was? Vor der aufrichtigen Empörung? Wer die Demut nutzt, um sich über andere zu erheben, der demütigt.

Natürlich, absolut einverstanden. Wir müssen durch Symptomtherapie menschliches Leiden lindern, welches hier und jetzt stattfindet. Natürlich, wer würde dieser Argumentation schon widersprechen. Aber hier sollten wir, so wie wir Kritik verstehen, nicht stehenbleiben. Oder uns gar daran gewöhnen? Langsam und schmerzlos daran gewöhnen? Gefährlich, sehr gefährlich.

Was ist das für eine Arbeit, überhaupt für eine Haltung, wenn wir uns damit abfinden, dass wir nie, wirklich niemals ein Problem an seiner Wurzel packen können? Was machen wir dann? Verzweifelt giessen, düngen und Sonnenlampen aufstellen? Die Pflanze in ein Chlorophyllprogramm schicken damit sie wieder weiss, wie grün aussieht und damit sie mit anderen Pflanzen um die Wette leuchten kann? Und die Wurzel weiterhin verrotten, vor sich hindarben lassen? Wenigstens die Schaufel in die Hand zu nehmen, das wäre Interesse. Die Frage nach dem Warum, vielleicht auch schon Anfänge von Kritik. Anfangen zu graben, das wäre lesen, diskutieren und Alternativen überlegen. Was machen wir, wenn wir bis zur Wurzel kommen? Wo gibt es bessere Erde? Wo einen anderen Garten? Können wir der Wühlmaus erklären, sie soll nicht daran

nagen? Sie umerziehen? Nichts gegen Wühlmause, das sind super Tiere.

Beim Hinschauen fängt es an. Jedoch geht es beim Nachdenken, beim Hinterfragen und in Diskussionen weiter. Sich auszutauschen, agieren, eine für sich geeignete Form des Widerstands finden.

Das alles macht die Welt nicht einfacher. Wir wollen uns jedoch nicht hinter einer Professionalisierung verstecken, welche die Anerkennung der Sozialen Arbeit überbetont und diese als Hauptfokus hat. Bei der sich die Professionellen zu einer Elite entwickeln, welche sich immer mehr von den Adressatinnen und Adressaten entfernt.

Und auch wir möchten etwas für die Hochschule: Wir möchten eine Hochschule in der wir nicht nur auf die Welt wie sie ist, sondern auch auf die Welt wie sie sein könnte vorbereitet werden. Wir möchten eine Hochschule an der eine kritische und politische Soziale Arbeit weitergegeben und praktiziert wird.

Wir kritisieren die neoliberalen Entwicklungen, die herrschenden Machtverhältnisse und die Verteilung der Ressourcen. Wir wollen nicht, dass die Soziale Arbeit diese Verhältnisse verschleiert und diese legitimiert, indem sie lediglich die negativen Folgen für die Betroffenen lindert. Im Gegenteil! Sie muss und soll auf die Verhältnisse aufmerksam machen, damit diese verändert und die Ursachen der Not und der Ungleichheit angegangen werden können.

Von der Defensive in die Offensive!

Kriso Bern – Forum für kritische Soziale Arbeit Bern

3,5 Jahre Existenz

30 Aktivmitglieder

400 Unterstützende

Überregional vernetzt mit Kriso Zürich, St. Gallen, Basel

Mehrere Kontaktpersonen in Deutschland und Österreich

AutorInnen: Kriso Bern

Sozialarbeitende und Menschen mit Behinderung gehen auf die Strasse

JAPAN *Betreute und SozialarbeiterInnen einer Behinderten-Werkstatt protestieren gegen die Militarisierungspolitik der japanischen Regierung und geraten damit ins Fadenkreuz der Repression.*

Was wir hierzulande – gerade als kritische Sozial Arbeitende – oft theoretisch diskutieren, setzten KollegInnen in Japan ganz praktisch um. Wie sollen sich Sozial Arbeitende gegenüber einer reaktionären politischen Entwicklung verhalten? Wie können Menschen mit Behinderung teilhaben an politischen Prozessen? Wie können Menschen mit Behinderung sich über ihre Interessen auseinandersetzen und für diese kämpfen? Wie kann die Einteilung in Menschen mit und ohne Behinderung aufgehoben werden? Eine Delegation der Kriso Zürich besuchte letztes Jahr eine Behindertenwerkstatt im japanischen Tokio, die in Bezug auf diese Fragen pragmatischere und konsequentere Antworten gefunden hat.

Japan steckt in der Krise. Das Attentat in einem Heim für Menschen mit Behinderungen, bei welchem 19 Personen erstochen wurden, ist ein Resultat eines reaktionären gesellschaftlichen Diskurses. PolitikerInnen bis hin zur aktuell gewählten Bürgermeisterin von Tokyo stehen für radikal utilitaristische Ideologien ein, die Menschen nur dann für lebenswert betrachten, wenn sie auch der Volkswirtschaft dienen. Es ist dies die konsequenteste Ausprägung kapitalistischer Verwertungslogik. Und diese Ideologie trifft auf ein Japan, bei dem die ökonomische Krise per neoliberalen Reformen gänzlich auf dem Rücken der ArbeiterInnen und Angeestellten abgewälzt wurde. So haben prekäre Jobs massiv zugenommen und die früher so bekannte betriebliche Bindung ist keine Norm mehr. Politisch eilen die Eliten nach rechts aussen. Mit dem imperialistischen Japan im Zweiten Weltkrieg wurde nie richtig gebrochen und so führte Premierminister Shinzo Abe in den letzten Jahren eine Remilitarisierung Japans ein. Das heisst, Japan ändert seine Verfassung und rüstet auf zu offensiven Militäreinsätzen zur Verteidigung von „Menschenrechten“. Die Bevöl-

kerung hingegen steht dieser Entwicklung nicht oppositionslos gegenüber. So kam es im letzten Jahr zu den grössten Protesten, die das Land seit 30 Jahren erlebt hatte. Hunderttausende gingen auf die Strasse, darunter auch unsere GastgeberInnen, das Machi-Kollektiv.



Bei unserem Besuch in ihrem kleinen Lokal in einem Tokioter Wohnviertel berichten sie enthusiastisch über diese Erfahrungen. Uns empfangen zwei Sozialarbeiterinnen, etwa 5 Betreute und einige QuartierbewohnerInnen. Aber eigentlich lassen sich hier diese Unterschiede nur schwer machen, sie sind hier auch egal. Vielmehr funktioniert das Lokal als eine materielle und ideelle Reproduktionsstätte – ein sogenanntes Sagiyō -, die kollektiv geführt wird. BewohnerInnen des Quartiers bringen hier Kleider und sonstige Gegenstände hin, die sie nicht mehr brauchen. Diese werden von den Werkstatt-Angestellten wieder instand gesetzt und können dann für sehr wenig Geld gekauft werden. Die Sozialarbeiterinnen kümmern sich um die administrativen Fragen. Daneben lebt das Lokal aber vor allem aber als Begegnungsstätte. Es wird jeden Abend zusammen gekocht, was die Leute so mitbringen. Und Essen verbindet – vor allem in Japan. Es ist denn auch kein Zufall, dass ihr Facebook-Account täglich aktualisiert wird mit Bildern über das jeweilige Nachtessen.

Auch wir schlagen uns natürlich den Magen voll und lauschen einem Liedermacher, der Protestlieder singt. Und dann wird es dennoch ernst, wenn auch immer gelacht und geprotestet wird. Das Kollektiv hatte sich nämlich im letzten Sommer 2015 entschieden, an den Protesten gegen die Abe-Regierung teilzunehmen. Ein Angestellter erklärt uns was ihn antrieb. Er wisse ganz genau, was eine reaktionäre Gesellschaft für Leute mit Behinderung wie ihn bedeute. „Wir werden in Gefängnisse und Heime eingesperrt“. Er verweist weiter auf die Erfahrungen, die Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung unter dem National-Sozialismus in Deutschland machen mussten. Wenn er auch langsam spricht und teilweise Probleme hat, sich zu artikulieren, so kommt seine entschlossene Haltung klar zum Ausdruck. Die Geschichte lehre uns, dass vor dem Krieg immer auch die Menschen mit Behinderung unterdrückt würden. So habe auch Hitler vor dem Polenfeldzug Menschen mit Behinderung eliminieren lassen.

Die Teilnahme wurde natürlich wahrgenommen. Und natürlich auch von der Polizei. So liess deren Antwort auf die politische Betätigung des Kollektivs auch nicht lange auf sich warten. Am 1. Juni wurde eine Hausdurchsuchung gegen das Lokal angeordnet, dies ohne eine Anklage. Die Durchsuchung konnte aber nur unter grossem Protest der Betroffenen, der Quartierbevölkerung und gewerkschaftlicher Verbände durchgeführt werden. Zudem war die Presse von Beginn an involviert. Die GastgeberInnen zeigen uns davon Videoaufnahmen. Als Begründung wurde natürlich nicht die politische Aktivität genannt. Die Personalkosten werden hauptsächlich über Subventionen durch den Staat finanziert, während der Rest über Spenden aus dem Quartier läuft. Deshalb

konstruierte die Polizei einen Verdacht auf „finanzielle Veruntreuung“.

Unter diesem Konstrukt verhaftete die Polizei schliesslich am 27. Juli die zwei Sozialarbeiterinnen Noriko und Mito. Die politische Justiz ist erbarmungslos und so wurden sie fast einen ganzen Monat in Untersuchungshaft gesteckt. Sie wurden pro Tag 10 Stunden verhört, was einer psychischen Folter gleich kommt. Die Polizei wollte in den Verhören natürlich Zugeständnisse erpressen. Doch die Sozialarbeiterinnen machten keine Aussagen. Verblüfft hören wir diesen Erzählungen von Noriko zu. Sie lacht dabei, denn die Solidarität, die von der Bevölkerung kam, hat diese Erfahrung offenbar in eine Stärke umgewandelt. Dass im Quartier eine Solidarisierungsbewegung entstand, ist sicher mit ein Grund dafür, warum die Sozialarbeiterinnen schliesslich nach einem Monat wieder freigelassen wurden und alle Vorwürfe fallen gelassen wurden. Drei Faktoren führten hier zum Erfolg. Kleine unabhängige Gewerkschaften – wie die Soul-Power-Union von SozialarbeiterInnen – haben in ganz Tokio Solidaritätsworkshops gemacht und informiert. Die Quartierbevölkerung hat nach den Verhaftungen das Lokal aktiv geschützt und mit einer Demonstration mit 100 Leuten am 13. August klar ihre Solidarität bekundet. Und schliesslich haben die Alt-68er mit ihrer Erfahrung eine funktionierende Kampagne geführt. Das Lokal wurde in der Folge natürlich immer stärker auch zu einem Ort politischer Auseinandersetzungen im Quartier, indem er praktisch die Möglichkeit der Überwindung von verschiedenen Grenzen aufzeigt und vor allem aber ein solidarisches und sehr herzliches Klima schafft. Der Schuss ging für die Behörden schliesslich nach hinten los. Das Lokal wurde mit Spenden überhäuft und nach 23 Tagen mussten die Gefangenen wieder frei gelassen werden. Mehr noch hat dieser Angriff der Behindertenbewegung wieder neues Selbstbewusstsein gegeben. So erklären uns die Angestellten, dass diese Verbände in den letzten Jahrzehnten sehr systemtreu geworden sind und gegen die Schliessung und Privatisierung solcher Sagiyō-Werkstätten nichts unternommen hätten. Zudem hätte sich durch die Privatisierung ein Hinkon-Business etabliert, also das profitable Geschäft mit der Armut. Deshalb liegt jetzt die Hoffnung im Aufschwung einer neuen offensiveren Behindertenbewegung, die den Kampf gegen Sozialhilfekürzungen aufnimmt. Die Angestellten sind sich denn auch einig, dass die Sozialpolitik darauf ausgerichtet ist Behinderte als billige Arbeitskräfte auf den Markt zu lassen.

Nach diesem gesprächigen Abend ist uns klar, dass hier viel kollektiv über die Geschichte und die Rolle von Menschen mit Behinderung in der Politik gesprochen wird. Wir erinnern uns an die Abschiedsworte: „Wir sind schon behindert, aber viel wesentlicher ist, dass wir Teil der arbeitenden Bevölkerung sind. Wir sehen uns als prekär arbeitende – gleich wie ausländische ArbeiterInnen - und wir wollen zusammen mit anderen ArbeiterInnen für unsere Rechte und Bedingungen kämpfen.“ Zentral sei aber das politische Bewusstsein. Eine solch klare politische Positionierung wird bei Sozial Arbeitenden in der Schweiz oft zurückgehalten und als unprofessionell betrachtet. Kritische Soziale Arbeit sollte sich nicht gegenüber den KlientInnen oder zu betreuenden Personen zurückhalten offen über (sozial-)politische Entwicklungen zu diskutieren, welche klar gegen ihre Interessen tangieren. Alles andere wäre eine paternalistische Bevormundung. Natürlich ist die Gefahr der Instrumentalisierung gegeben. Doch diese ist in sozialer Arbeit eigentlich immer präsent (z.B. wenn höhere Bedarfe angegeben, um Gelder zu bekommen) und sollten nicht nur dann ein Thema werden, wenn es um tatsächliche politische Partizipation geht. Hier ist – wie überall – eine reflexive Haltung nötig. Soziale Arbeit sollte sich aber auch selber weiterbilden, um den gesellschafts-politischen Kontext von sozialpolitischen Verschärfungen zu verstehen. Der Besuch macht auf jedenfall Mut, weil er zeigt, dass mehr möglich ist, wenn man beginnt praktische emanzipatorische Schritte angeht.

AutorInnen: Kriso Zürich